

# Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Sobndorf, Röditz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Trischheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— Mtl. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— Mtl. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Hg.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1,50 Mtl. für auswärtige Besteller mit 1,75 Mtl. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 3,50 Mtl. für Auswärtige 4.— Mtl. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 28

Donnerstag, den 2. Februar 1922

72 Jahrgang

## Literarischer Abend

Sonntag, den 5. Februar, nachm. 1/2 5 Uhr in der Aula der Diefenwegschule.

Vortragshörer: Herr Oberl. Häbner, Chemnitz.

1. Melodrama: Die Mette von Kurlenburg v. F. Dahn. (Am Flügel: Herr Lehrer Zimmer.)

2. Recitation in Hochdeutsch und Mundart.

Zu dieser Festsunde, in welcher uns ein tüchtigster bekannter Meister mit seiner Kunst packen wird, werden die gesamte Jugend und ihre Freunde, Gönner und Förderer und sonstige Gäste herzlich eingeladen. (Eintritt 1 M.) Von Schulkindern hat nur der letzte Sahegang Zutritt.

Der Stadt Ausschuss für Jugendpflege. Der Vorsitzende.

## Deutsches Reich

Vom diplomatischen Dienst.

Tresden. Der Vertreter Preußens in Bayern, Ministerialrat Dr. Schellen ist als Vertreter Preußens nach Dresden versetzt worden.

Frankreichs Angst um den Versailler Vertrag.

Paris. Der „Intransigent“ schreibt, daß es zwischen England und Paris heute um den Vertrag von Versailles und um die Reparationen geht. England denke an nichts anderes, als den Teil des Vertrages zu revidieren, der die Reparationen behandelte. Es scheint für seine Anschauung Japan und Italien gewonnen zu haben. Nach dieser Anschauung würde die Reparationskommission ihrer Vorrechte beraubt werden und könnte die deutschen Natural- und Geldleistungen nicht mehr bestimmen. England wünscht einen Teil der Forderungen gegen Deutschland aufzugeben und würde dafür auch Frankreich und Belgien deren Schulden nachlassen. Es ist wahrscheinlich, daß ein neuer Oberster Rat einberufen würde, der folgendes Programm zu erörtern hätte: Reparationen, die an Frankreich und Belgien zu bezahlen sind; Friedensschluß zwischen allen Völkern; Wiederherstellung des internationalen Kredits durch internationale obligatorische Mittel; Aufgabe der Milliardenräume und deren Erlaß durch Naturalleistungen.

Nochmals das Steuerkompromiß.

Das Steuerkompromiß, das am 26. Januar zustande kam und am gleichen Abend vom Reichskanzler im deutschen Reichstag vorgetragen wurde, bringt — abgesehen von einer sehr erheblichen Steigerung der Reichseinkommen und war von etwa 55 auf etwa 103 Milliarden Papiermark. Von den Vermögenssteuern ist die Nachkriegsgewinnsteuer preisgegeben worden, da ihr möglicher Ertrag zu den Erhebungskosten in keinem Verhältnis steht. Die Vorlagen der Reichsregierung sind mit verhältnismäßig wenigen Abänderungen angenommen worden. Nur bei der Umsatzsteuer hat man sich auf den ermäßigten Satz von 2 Prozent geeinigt, während die Reichsregierung beabsichtigt 3 Prozent vorgeschlagen hatte. Sehr bedeutsam ist die Erhöhung der Kohlensteuer „auf grundsätzlich 40 Prozent“. Zweifelloser wird mit dieser Steuer nicht nur ein fiskalischer Zweck verfolgt, sondern auch ein ausdrücklicher Wunsch Englands herabgesetzt, das unter den am Weltmarktpreis gemessenen — niedrigen deutschen Kohlenpreisen stark gelitten hat. Die ungeheure Vermehrung der öffentlichen Lasten wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt herabdrücken. Die errechneten Steuererträge basieren auf der bisherigen Wirtschaftsjonktur und müssen zurückgehen, wenn diese Konjunktur aufhört. Das eben erst errichtete Finanzgebäude würde dann in sich zusammenfallen. — In Erwartung der deutschen Reparationsvor schläge haben die Devisenkurse in der abgelaufenen Woche keinen ausgeprochenen Frank nach oben oder unten zu verzeichnen. Der holländische Gulden wurde an der Berliner Börse mit 74,35 Mark notiert.

Gefährdung der Konferenz zu Genoa.

Nachdem die französische Regierung anscheinend ihren Widerstand gegen die Abhaltung der internationalen Finanzkonferenz in London verstanden zu haben — was man nicht ohne Grund annehmen darf —, ist es keine Richtlinie, daß es keine Richtlinie ist. „Du lächelst so verächtlich, was — ist das mehr als eine Mutmaßung? Weißt Du etwas Bestimmtes?“ „Nun, ich will nicht Bestreden mit Dir spielen, Bel-

werde nicht dulden, daß in Genoa über den Erlaß von Schulden, welche die europäischen Verbündeten den Vereinigten Staaten zu verzinsen und tilgen haben, gesprochen werde, müßte man erwarten, daß von Amerika Bedingungen formuliert würden, unter denen diese schwierige Frage doch behandelt werden dürfte. Präsident Harding und Staatssekretär Hughes sollen beabsichtigen, ihre Teilnahme den Verhandlungen zu Genoa an die Bedingung zu knüpfen, daß die ursprünglichen Abkündigungsbedingungen auf der Washingtoner Konferenz wiederhergestellt, und daß die Rüstungsleistungen der europäischen Staaten (in erster Linie Frankreichs, Polens und Rußlands) erheblich ermäßigt würden. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß Frankreich eine etwaige Forderung der Amerikaner nach dieser Richtung nicht ablehnen würde. Bleibt aber Amerika den Verhandlungen zu Genoa fern, so wird die Konferenz ein hoffnungsloser Torso. Frankreich würde sich dann kaum die Gelegenheit antzehen lassen, sich von Briand gegebenes formelles Einverständnis wieder zurückziehen. Man spricht bereits ziemlich unverhohlen davon, daß, wie schon angedeutet, die Konferenz zu Genoa mindestens erheblich verschoben werden müsse.

Voltaire beeinflusst die Saarregierung.

Das französische Nachrichtenbüro Et-Europe, das sich in zahlreichen Fällen zum Verbreiter tendenzlos gehaltenen französischer Nachrichten gemacht hat, gab gestern aus Paris eine Meldung heraus, nach welcher Voltaire den französischen Vertreter der Saarcommission, Rault, empfangen habe, der von Vertretern der Saarindustrie begleitet war. Aus dieser Meldung ist zweierlei zu entnehmen. Erstens wird bekannt, daß Voltaire wie sein Vorgänger Briand durch persönliche Fühlnahmen mit dem Präsidenten der Saarregierung, deren Politik im französischen Sinne beeinflusst, obwohl die Bestimmungen des Saarbedenabkommens jede Einflußnahme der Regierungen jener Länder, die an der Zukunft des Saargebietes besonders interessiert sind, nämlich Frankreich und Deutschland, unterliegen und die assoziierten Regierungen freierzeit in einer Note an die Regierung ausdrücklich erklärt haben, daß durch die Unterstellung des Saargebietes unter eine Völkerbundskommission eine Einflußnahme auf das Saargebiet durch Frankreich unter allen Umständen verhindert werden sollte. Die französische Regierung legt sich über diese Festlegung ohne weiteres hinweg und vermeintlich es durchaus nicht, daß sie durch ständige Fühlnahmen mit dem französischen Mitglied der Saarregierung, das gleichzeitig Präsident der Regierungskommission ist, alle Maßnahmen der Saarregierung kontrolliert und die ganze Politik in französischem Sinne beeinflusst. Zum anderen ist in dieser Et-Europe-Nachricht eine Irrführung enthalten, wenn davon die Rede ist, daß der Präsident von Vertretern der Saarregierung begleitet werden sei. Es wird nämlich verschwiegen, daß es sich bei diesen Vertretern um französische Industrielle handelt, die durch die bekannten Entschlüsse gegen den Willen der Saarindustrie haben ihre Wünsche und Beschwerden gelegentlich der Einsetzung der beiden Saardelegationen nach Genoa durch ihre Vertreter und durch entsprechende Denkschriften dem Völkerbund bekanntgegeben und zum Ausdruck gebracht, daß sie in den Maßnahmen der Saarregierung eine Gefährdung ihrer Existenz und die wirtschaftliche Zertrümmerung des Saargebietes erblickten. Aus dem letzten Bericht der Saarregierung an den Völkerbund geht hervor, daß sie mit aller Kraft auf die wirtschaftliche Umstellung des Saargebietes nach Westen hin arbeitet, indem sie sich darauf beruft, daß mit der Einverleibung des Saargebietes in das französische Zollsystem im Jahre 1925 diese Neuorientierung zwingende Notwendigkeit sei. Der Empfang des Herrn Rault in Begleitung der französischen Saarindustriellen durch den Ministerpräsidenten läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, welcher Art die Beziehungen, die diese Herren in Paris hatten, gewesen sind.

Der Rückgang im württembergischen Postverkehr.

Ueber den Rückgang des württembergischen Postverkehrs wird mitgeteilt, daß der Ausfall im Briefverkehr auf ein Drittel geschätzt wird. Bei den aufgegebenen Paketen ergibt sich eine Minderaufnahme von zehn Prozent, bei den ankommenden eine Minderaufnahme von 35 Prozent. Um Beamteneinlassungen zu vermeiden, wurde mit den Beurlaubungen der Beamten schon jetzt begonnen.

Erklärungen der bayrischen Justizverwaltung im Landtage.

München. Im Bayerischen Landtage erklärte die Justizverwaltung, daß gegen den Direktor der Pfälzischen Bank, Kömer, und gegen zwei Direktoren Untersuchungen wegen

Unterdrückung und Untreue eingeleitet sind. — daß wegen des Mordes an Garis und des Anschlages auf den Abg. Auer die Untersuchungen noch im Gange sind, — daß dagegen der Verwaltung von Pöhlhagen in der Münchener Polizeidirektion nichts bekannt sei, und das wegen solcher Fälschungen keine Strafverfahren schweben.

Ein Bombenattentat belgischer Soldaten.

In einer Stadt des belgisch besetzten Teiles des Rheinlandes wurde kürzlich ein Verbrechen von belgischen Soldaten begangen, das geradezu typisch ist für die Auffassung, die in den Kreisen der belgischen Soldateska im besetzten Gebiet herrscht. Ein Sportklub feierte unter zahlreicher Beteiligung eine Vereinsfeier. Während des größten Festtrubels verpöhlerte plötzlich eine Fensterhebe und fast gleichzeitig erfolgte eine harte Explosion im Saal und etwa ein Dutzend Personen wälzte sich verwundet am Boden. Die Feststellungen ergaben, daß zwei belgische Soldaten ohne jeden Beweggrund eine Handgranate durch das Fenster in den Saal geworfen und darauf die Flucht ergriffen hatten. Zum Glück waren die Verletzten der verwundeten Personen, die sofort in dem nahen Krankenhaus verbunden werden konnten, nicht lebensgefährlich. Die Feiertage mußte sofort abgebrochen werden. Bisher ist nicht bekannt geworden, welche Strafen die ermittelten belgischen Soldaten bekommen haben, da die belgische Militärbehörde bekanntlich aus Autoritätsgründen es ablehnt, über den Verlauf einer Untersuchung gegen einen Angehörigen der belgischen Armee Mitteilung zu machen, ebensowenig in welcher Weise die verhängte Strafe ihre Erledigung findet. In der Reduktion besteht der Verdacht, daß eine Bestrafung solcher Täter überhaupt nicht stattfindet und daß die betreffenden Personen lediglich aus dem besetzten Gebiet in die Garnison deportiert werden.

## Ausland.

Französische Erregung im Falle Jussurand.

Paris. Die Abweisung des französischen Botschafters Jussurand durch Hughes verletzte die hiesige Presse in große Erregung. Die durch englische Blätter verbreitete Meldung von der Abweisung des französischen Botschafters sei eine nicht verifiziert dastehende Lüge. Das Ziel dieser ganzen Lügenpropaganda sei, durch Störung von Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika, Frankreich zu isolieren.

Das Ergebnis der Sowjetwahlen.

London. Die russische Handelsdelegation erhielt aus Moskau ein Telegramm, das besagt, das Ergebnis der dreitägigen Wahlen für die russischen Sowjet sei 498 Kommunisten, 46 Unabhängige und 1 Menikewitz.

Eine italienische Extrazone.

Rom. Durch überraschenden Sandstreich haben italienische Truppen den Hafen von Misurata auf Tripolis besetzt, der 1915 aufgegeben wurde. Die Besetzung dieses Hafens hat infolgedessen Bedeutung, als nun auch die Einnahme der Stadt Misurata möglich ist. Wie erinnertlich ist, sind die Italiener seit 1915 bis auf die Stadt Tripolis und die nähere Umgegend zurückgedrängt worden. Das ganze übrige Tripolis und die Gorenalia mußten vor den Angriffen der Araber geräumt werden.

Die Union der Kaukasusvölker.

Moskau. Wie die georgische Gesandtschaft mitteilt, ist von den Vertretern der kaukasischen Republiken (Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Nordkaukasus) den Regierungen der Entente und dem Obersten Räte eine Note überreicht worden, in der aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten darauf hingewiesen wird, daß es unmöglich wäre, die kaukasischen Völker wieder an Rußland zu fesseln. Die Völker des Kaukasus würden nur dann mit voller Energie ihre schöpferische Arbeit wieder aufnehmen, wenn sie ihre Freiheit wiedererlangen, das heißt, wenn die normale demokratische Staatsordnung wiederhergestellt wurde.

## Ein schwerer Schlag.

Durch die Annahme des tschecho-slowakisch-österreichischen Vertrages ist dem Anschlußgedanken ein schwerer Schlag versetzt worden, denn das deutsch-österreichische Staatsschiff, das in den Hafen Deutschlands bugsiert werden sollte, ist am tschecho-slowakischen Gestade gelandet — eine Notlandung nur, wie die Wiener Staatslenker meinen, hoffentlich nur

lestens heute Nacht in

des Eisenbahnerstreiks  
rdnung des Reichspräsi-  
der Verfassung bevor,  
flärt und die Möglich-  
verhaften, Flugblätter  
mlagen unter den Schutz

vom Bankhaus  
& Feinze,  
Lichtenstein-Collnberg.

30.11.	31.11.
77,50	77,50
71,-	71,-
109,-	109,-
71,-	71,25
87,-	87,-
59,75	59,875
73,0	73,75
87,75	86,-
94,-	94,-
94,50	93,625
109,-	100,-
10,-	99,50
110,-	817,-
100,-	1,900,-
185,-	115,-
145,-	54050,-
191,-	1970,-
139,-	14 5,-
100,-	486,-
178,-	474,-
119,-	318,-
150,-	955,-
109,-	406,-
138,-	945,-
10,-	300,-

Wirt.	
387,90	
7157,45	
883,40	
820,85	
3943,85	
201,33	
1678,70	
3193,20	
5130,15	
181,60	
380,20	
884,70	
7,27	

ort.



ende Mische kann  
tag und Sonn-  
kostenlos ab-  
he ist zur Wege-  
Bauarbeiten gut

Welsnitz

chens

Mau Mathilde  
geb Reinhard.

Amalienstr. 2 4.  
Klinik.

ne und reichen  
zeit danken

geb. Apel.

eine Notlandung, denn sollte es bei diesem Kurse bleiben, so würde uns Deutschösterreich ferner als je gerückt, ja sogar in einen wirtschaftlichen und politischen Gegensatz zu uns hineingetrieben werden.

Der Vertrag von Vana erweist sich immer mehr als ein aufrichtiger Vorstoß der Tschecho-Slowakei gegen das Herz Deutschösterreichs. Sein Endziel ist das von den Tschechen heißbegehrte Wien. Ausdrücklich legen sich die beiden vertragsschließenden Teile auf die Friedensverträge fest, sie garantieren einander die ihnen durch diese zugewiesenen Gebiete und verpflichten sich auf gegenseitige politische und diplomatische Unterstützung. Aber nicht genug damit bindet sich Deutschösterreich im Falle eines tschechisch-deutschen Gegensatzes an einen Neutralitätsparagraphen und sagt sich von den vier Millionen um ihr Volkstum ringenden Tschechoböhmen ausdrücklich los - eine völlig ungeheuerliche, die einem Brudermord gleichkommt und einen die Schamröte darüber in das Gesicht treibt, daß ein solcher Vertrag Unterschriften von Tschechen trägt. Aber man höre weiter: Die beiden Staaten verpflichten sich nicht nur, die politischen und wirtschaftlichen Verträge, die sie mit Südslawen, Rumänien und Polen abschließen, bekanntzugeben, sondern auch mit keinem anderen Staat ein Abkommen zu schließen, das mit diesem in Widerspruch steht. Deutschösterreich trägt also tschechische Ketten.

An dem Abschluß bzw. Nichtabschluß des Vertrages waren zwei Staatengruppen und Deutschland interessiert. Deutschösterreich spielt dabei die traurige Rolle des willkürlichen Objekts. Die erste Gruppe sind die jungen mitteleuropäischen Slawenstaaten unter der liebevollen Führung der Tschechen. Ihr ganz offen ausgesprochenes Spiel ist, Deutsch- und Magyaren durch ein neues Staatensystem zu trennen und durch einen weftungarischen Korridor gemeinsame Grenzen zwischen der Tschecho-Slowakei und Südslawen herzustellen, wobei die Südslawen auf die vier deutschen weftungarischen Komitate abzielen.

Dieser Plan wurde von Italien durch den Vertrag von Venedig durchkreuzt, in dem es von Deutschösterreich wiederum ein Wort des Herrn Schöber - die Zustimmung für eine Abstimmung über Edenburg durchsetzte, obgleich ja der Vertrag von Trianon Wüstungarn Deutschösterreich zuspricht. Der Sinn des Vertrages von Venedig liegt für Italien in dem Bestreben, Ungarn und Deutschösterreich einander zu nähern, um eine ihm gefährlich erscheinende Vereinigung der Nord- und Südslawen zu verhindern, denn eine Verbindung Danzig-Kattaro, die selbstverständlich unter der Aufsicht Frankreichs stünde, würde gegen das Herz Italiens gerichtet, das selbst an seiner kostbaren adriatischen Küste keinen einzigen Hafen aufweisen kann, der die glänzenden Qualitäten von Kattaro ausgleichen könnte.

Das slawische Mitteleuropa unter Führung der Tschecho-Slowaken hat aber trotzdem keine Pläne nicht aufgegeben. Wien ist bekanntlich eine alte tschechische Liebe, und den Appetit auf die Donaustadt haben sicherlich die Gesetze nicht abgeschwächt, die am 1. Januar in Kraft getreten sind und die vollständig Trennung Wiens von Niederösterreich vollaufen haben. Die mitteleuropäischen Slawen behandeln in ihrer Presse schon lange die Bedeutung Wiens als eines slawischen Wachtpostens.

Der Vertrag von Vana arbeitet diesen tschechischen Wünschen direkt vor. Es muß unter allen Umständen gegen diesen Vorstoß ein Gegenzug gemacht werden, der die beabsichtigte Wirkung lähmt. Wie so häufig in entscheidenden Stunden, hat auch unsere Diplomatie bei den Abschlüssen des Vertrages von Vana vollkommen versagt. Es muß festgestellt werden, daß gerade in den Tagen, wo in Wien die Würfel fielen, ein deutscher diplomatischer Vertreter nicht vorhanden war. v. Kolbenberg war abgerufen und Pfeiffer noch nicht einmal ernannt. Es gibt nur einen Weg, den Schweden einigermassen wieder auszugleichen, das ist eine rückhaltlose Unterstützung der italienischen Politik, die in diesem Punkt gemeinsam mit Österreichern ist. Die Italiener wollen die Linie Danzig-Kattaro durch eine solche von Hamburg nach Constanza durchkreuzen. Es ist die alte Verbindung, die Deutschland schon während des Krieges hergestellt hatte. Sie widerzugewinnen, muß eines der Ziele einer aktiven auswärtigen Politik bleiben. Wir können niemals zugeben, daß Wien zu einem Wachtposten der Slawen wird. Wien in slawischen Händen würde unsere vollkommen politische und wirtschaftliche Abhängigkeit bedeuten, würde uns den Weg zum Aufbau Ostlands, der auch über Constanza führt, außerordentlich behindern. Der Vertrag von Vana bedeutet also in seinen äußersten Folgerungen nicht mehr und nicht weniger, als daß sich die Tschecho-Slowakei die Vorhand auf Wien gesichert hat. Es bedeutet indirekt einen Sieg der französischen Politik, die ja bekanntlich kein anderes Ziel kennt, als die Zerstückung des deutschen Volkstums. Mit dem Vertrag von Vana wird Deutschösterreich ein Spielball der Slawen.

Und noch eins: In den Tagen der Annahme des Vertrages von Vana, wie berichtet, der früherer Außenminister Dr. Simons in Wien einen Vortrag über internationale Rechtsangleichung unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Deutschösterreich gehalten und dabei auch von Bestrebungen nach einer Rechtsangleichung zwischen Deutschösterreich und den Nachfolgestaaten gesprochen. Auch die Rechtsangleichung von Deutschland und Deutschösterreich ist ein Weg, um die Gemeinsamkeit der Kultur zwischen Deutschland und Deutschösterreich zu kräftigen und den Anschlußgedanken zu fördern. Zweifellos werden diese Bestrebungen stärkere Wirkung haben, als die von Dr. Simons angeedeuteten einer Rechtsangleichung mit den slawischen Staaten. Aber sehr interessant war es doch, daß der berühmte Wiener Jurist Franz Klein in seiner Erwiderung mitteilte, daß der vom Justizministerium in Wien auf die Angleichung angelegte Handelsgeheimtumsverordnungen, denen er zur Begutachtung vorgelegt war, überhaupt in die Beratung des Entwurfs einzutreten, abgelehrt wurde, und Dr. Klein warf die Frage auf, ob man diese Beratung verschieben wollte, weil man nicht die Angleichung an Deutschland brauche, sondern die an die Nachfolgestaaten. Auch das kennzeichnet den Kurs, der gegenwärtig in Österreich verfolgt wird. Es ist gut, daß wir die Augen offen halten, damit aus der Notlandung

# Also doch ein Eisenbahnerstreik.

Die Leitung der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -anwärter hat trotz aller Warnungen und trotz aller Hemmungen innerhalb der eigenen Anhängerenschaft nun doch den Beschluß gefaßt, den angeforderten Ausstand zu beginnen zu lassen und heute ist dieser nun zur Wirklichkeit geworden. Den Eisenbahnbeamten muß das eine in das Bewußtsein gerufen werden, daß Ausstände von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie nicht von der inneren Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Haben die Verantwortlichen diesen Umstand zur Genüge bedacht? Ja, haben sie überhaupt alle mit dem geplanten Ausstände zusammenhängenden Fragen und Schwierigkeiten genügend und ernstlich erwogen, haben sie endlich die von ihnen vertretenen und geführten Mitglieder über alle diese Umstände, Fragen und Schwierigkeiten so aufgeklärt, daß jeder Einzelne sich darüber klar werden konnte, was davon abhängt, wenn er und seine Kollegen die Arbeit niederlegen? Wir fürchten nein.

Darum ist es die Pflicht der Öffentlichkeit, die Stimme der Warnung zu erheben und den Eisenbahnbeamten, das Bedenklliche, ja das Gefährliche ihres Vorgehens in die Erinnerung zurückzurufen. Zurückzurufen, denn es hat früher als etwas Selbstverständliches im Bewußtsein jedes Beamten gelegen, und man darf doch wohl die Ueberzeugung aussprechen, daß es auch heute noch in der Mehrheit der Beamenschaft als bedenklich und gefährlich angesehen wird. Zunächst die Frage nach dem Grunde des Ausstandes. Niemand wird verkennen wollen, daß die Not in den Häusern der Beamtenfamilien zu Gast ist, aber es nicht die Not der Eisenbahnbeamten, sondern die Not des deutschen Volkes. Alle, die arbeitend ihr Brot verdienen - und das sind doch mindestens hoch in die 90 v. H. des gesamten Volkes - tragen ihr gerüttelt Maß von Sorgen und Entbehrungen und wissen nicht recht mehr aus noch ein. Jedenfalls aber, wenn die Eisenbahnbeamten an der allgemeinen Not des deutschen Volkes Anteil haben, so soll damit gesagt sein, daß sie ihre eigene Notlage nicht zu Ungunsten anderer Bevölkerungsklassen überschätzen dürfen. Damit wird die Notlage der Eisenbahnbeamten nicht etwa gelugnet, sondern auf ihre eigentliche Ursache zurückgeführt, ein Maß, das nur genommen werden kann, wenn man den einen Berufsstand in der Gesamtheit aller Berufsstände einrechnet.

Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß es nicht richtig ist, wenn man etwa den Gedanken vertreten wollte, den Eisenbahnbeamten sei ihr Recht verweigert worden. Was seit Oktober des vorigen Jahres für die Beamten getan worden ist, geht in viele Willkür, und zu dieser unbedingt notwendigen Hilfe fanden sich alle Hände gern bereit, Regierung und Reichstag mit seinen sämtlichen Parteien, dazu auch die öffentliche Meinung im weitesten Umfang. Damit ist allerdings keineswegs jeder Nachteil behoben, jede Ungerechtigkeit beseitigt worden, und je gewaltiger die Zurechtweisung, desto sichtbarere treten solche Mängel zutage. Wer wollte da die berechtigten Wünsche der Eisenbahnbeamten leugnen, die namentlich unter der Starrheit der Tarifklauseleinrichtung leiden? Aber es ist viel richtiger, zu fragen: Wer leugnet sie denn eigentlich? Und man wird glatt zu der Verantwortung gelangen müssen: Niemand, wenn man etwa die unabhängigen Stellen, Regierung und Reichstag, ins Auge faßt. Von Ende Dezember an beschäftigten sich Verhandlungen der Vertreter der Länder, Verhandlungen der Finanzminister, Verhandlungen mit den Verbänden, Verhandlungen des Reichstages und besonders seines 23. Ausschusses dauernd mit der brennenden Frage, wie dem Eisenbahnbeamten über die bestimmte Zeit hinweggeholfen werden kann, und das Ergebnis aller dieser Beratungen ist doch, wie wohl auch die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -anwärter zugeben muß, nicht etwa ein Nichts, dem gegenüber sich dem letzten Gewaltmittel des wirtschaftlichen Kampfes gegriffen werden müßte.

Aber es gibt hier noch sehr viel ernstere Zeit: der ganzen Angelegenheit. Es bleibt nämlich zu prüfen, ob die Eisenbahnbeamten überhaupt in einen Ausstand eintreten können. Natürlich können sie das als Menschen, nicht aber als Beamte. Die Reichsregierung, in der doch auch Sozialdemokraten sitzen, hat deshalb vollkommen recht, wenn sie, wie der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Reichstagsabgeordneter Bauer im Hauptauschuß des Reichstages ausführte, den geplanten Ausstand als ein „Attentat auf das Volkswohl“ ansieht und „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln den ihr aufgeworbenen Kampf ausfechten wird.“ Nicht für sich, sondern im Namen und Auftrage der Regierung hat Verkehrsminister Gröner den Beamten die Berechtigung zum Ausstande abgeprochen. Darum hätte eine Zuschrift der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, Landesstelle Zofingen, gefaßt, möglicherweise der Minister juristisch im Recht. Die Frage des Beamtenausstandes lasse sich aber nicht nur nach rein formalen juristischen Grundbegriffen beurteilen. Was sollte der Beamte denn schließlich tun, wenn der Staat ihm nicht mehr das zum Leben Notwendige gebe? Diese Ausführungen haben den Fehler, daß sie der Auffassung des Verkehrsministers nur

ein formales juristisches Recht zubilligen wollen, während es sich doch hier um das eigentliche Wesen des Beamtentums handelt. Man ist eben entweder Beamter oder man ist es nicht. Worin sollen denn die Unterschiede des Beamtentums von den anderen Angestelltenverhältnissen bestehen? Nur darin, daß der Staat den Beamten nicht entlassen kann, daß er für ihn Zeit seines Lebens, auch während langdauernder Krankheit, nach seinem Tode aber für seine Witwe und seine Waisen sorgen muß? Das ist ein sehr gewichtiger Unterschied, aber dieser Unterschied kennzeichnet nur die eine Seite des Beamtentums. Auf der anderen steht eine unbedingte Anerkennung der Pflicht des Beamten gegenüber dem Staate, die keine irgendwie geartete Bruchlässigkeit oder Unterbrechung erleiden darf. In der Privatwirtschaft steht dem Ausstande der Arbeitnehmer die Aussperrung auf der Seite der Arbeitgeber gegenüber. Es muß mit aller Bestimmtheit bezweifelt werden, ob sich die Fürsprecher des Beamtenausstandes über das Grundbegriff der Sache so klar geworden sind, daß sie erkannt haben, wie die Arbeitsverweigerung der Beamten mit Notwendigkeit die Auslösung des Wesenslebens des Beamtentums - aber zur Folge haben muß.

Endlich noch die Frage: Gegen wen richtet sich der Kampf? Gegen den Staat. Schön. Was ist der Staat? Der Staat ist sprachlich nur ein Wortform, hinsichtlich seines tatsächlichen Daseins nur eine Ausdrucksform für das deutsche Volk, das die Sorge für seine Beamtenenschaft übernommen hat, und dessen Diener zu sein, des Beamten höchste Ehre bedeutet. Der Kampf richtet sich gegen das deutsche Volk, von dem oben gesagt werden mußte, das es in seiner Gesamtheit unter den händigen Geißeln einer fürchterlichen wirtschaftlichen Not leidet. Haben sich die Beamten in jedem Augenblicke darüber bedacht, was die Folgen eines Ausstandes sein müßten? Die Eisenbahn ist der Blutkreislauf des Wirtschaftslebens. Ruht sie, so ruht der Personenverkehr, das ist schließlich noch zu ertragen. Aber es ruht der gesamte Güterverkehr für Ernährung, für Rohlen und Rohstoffbeschaffung. Die Schornsteine der Fabriken werden nicht mehr rauchen, die Höfen werden ausgeblieben werden, alle Verdienstmöglichkeiten erlöschen, alles, was arbeitend sein Brot verdient, wird hungernd, frierend, in schweißes Opfer grimmer Leiden, zu Hause sitzen. Das ganze deutsche Volk, das 23 Völker der Erde in vierundzwanzigjährigem Krieg nicht zugrunde richten konnten, wird unrettbar sämmtlich zugrunde gehen.

Wir haben die Hoffnung, daß solche Szenenbilder Verantwärtliche bilden. Aber es ist notwendig, alle diese Umstände und Fragen und Schwierigkeiten und Folgen noch einmal zu erwägen und der gesamten Beamtenenschaft vor Augen zu halten. Die Zustimmung der Beamten des deutschen Volkes wird diesen Ausstand nicht tragen. Wer immer Verantwortungsgesühl hat, möge dies bedenken! Dann bleibt ein namloses Unglück fern, das mit dem ganzen Volke doch auch die Eisenbahnbeamten vernichten müßte.

## Die entscheidenden Debatten der Reichsgewerkschaft.

Berlin, 1. Februar. Über den Verlauf der für Dienstag Nachmittag abberaumten Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner erzählt die T.U. unter anderem: Die Versammlung wurde vom ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft geleitet. Anwesend waren dreißig Vertreter der Reichsgewerkschaft aus Berlin und dem Reich, von denen 22 nur radikal und acht zur gemäßigten Gruppe gehörten. Seitens der Gemäßigten wurde heftige Anstöße gegen die Radikalen gefaßt und zwar das Recht abgelehnt, über die Köpfe der Mitglieder hinweg ohne Abstimmung den Streik zu proklamieren. Die Radikalen hielten sich dagegen zur Durchführung ihrer Absichten für durchaus befugt und erklärten, daß sie einen Fonds gebildet hätten, aus dem durch Liquidation der gemäßigten Unterstützungen zufließen sollten, und daß sie die Wiedererrichtung Gemäßigter gegebenenfalls erwirken würden. Nach längerer Verhandlung wurde Mittwoch morgen der Streikproklama ausgegeben und im Laufe des Tages der gesamte Eisenbahnbetrieb stillgelegt.

Berlin, 1. Februar. Anlässlich des Eisenbahnerstreiks steht die Veröffentlichung einer Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung bevor, dadurch soll der Ausnahmezustand erklärt und die Möglichkeit gegeben werden, Streikposten zu verhaften, Flugblätter zu beschlagnahmen und die Eisenbahnanlagen unter den Schutz der Sipo zu stellen. (Wiederholt, da nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe erschienen.)

## Die Unflughheit der Reichsgewerkschaft.

Berlin, 1. Februar. Die Freiheit schreibt: „Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat es unternommen, sich mit ihren eigenen Spitzenorganisation, dem Deutschen Beamtenbund, und mit den anderen Eisenbahnerverbänden vor ihrem entscheidenden Schritt ins Einvernehmen zu setzen. Sehr klug ist dieses Verhalten auf keinen Fall.“

Auch der Vorwärts verurteilt das Verhalten der Reichsgewerkschaft.

des deutschösterreichischen Staatschiffes bei dem Tschechen nicht ein dauerndes Aufgehörtnis wird, für das, wie man sieht, von den Nachfolgestaaten und auch von gewissen Elementen in Österreich alle Kräfte eingespannt werden.

## Aus Nah und Fern.

Vidnestein-Callenberg, 2. Februar 1922.

— Vidnestein ist heute. Da nach den alten Wetterregeln, wenn die Ernte gut ausfallen soll, die Sonne nicht scheinen darf, so wäre heute die richtige Witterung. Freilich richtet sich das Gedeihen der Früchte und der hierzu erforderliche Wechsel zwischen Sonnenschein und Regen etc. nicht nach solchen Postagen, das liegt in Gottes Hand.

— Alle Käder haben Mill. Der Zugverkehr ist nun seit Rittersnacht auch auf der besagten Strecke stillgelegt, sodas die

Personen, die heute früh vertrieben oder an ihre Arbeits- und Unterrichtsstätten fahren wollten, wieder umkehren müßten. Der gesamte Verkehrs- sowie der Zeitungs- und Briefverkehr etc. sind dadurch in lahmgelegt. Wie lange dieser Zustand anhalten wird, ist der hiesigen Bahndirektion natürlich nicht bekannt, das hängt von den Beschlüssen des Vorstandes der Eisenbahngewerkschaft und den Regierungsmassnahmen ab.

— Der Hauptmännliche Verein konnte gestern infolge des Eisenbahnerstreiks seinen angeforderten öffentlichen Vortrag über die verborgenen Wunder der Kleinierwelt leider nicht abhalten. Die hierzu im Vorverkauf entnommenen Karten bekamen aber ihre Gültigkeit, es ist beabsichtigt, den Vortrag Anfang März stattfinden zu lassen.

Lichtenstein-G., 1. Februar 1922.

Hetsbo  
endeten sich  
dung des G  
sem Anlaß  
in Wertpap  
höriger erri  
Kubel  
endgültig in  
Seite aufse  
Jwidan  
ist eine Sch  
Marientirch  
volle Katho  
wohl noch v  
Rebende „h  
Jahrhundert

Dresden  
wichtige Ent  
das tschech  
hatten die  
seines Felt  
lang neun  
Rändnis mit  
der Arbeiter  
folat, um u  
treten der  
redlicher  
beru dessen  
es auch nicht  
weil es keine  
hat zum E  
it L. von  
die Verordn  
ter verurteil  
Arbeiter  
denstliche  
liegen, in e  
immerhin b  
vom 2. Fe  
des Nation  
Fere nur d  
äußere Sch  
aber, wenn  
Feldst rett  
macht, daß  
Traume lo  
bedeutsam  
Arbeitswelt  
nahmen war  
berührt. Je  
Faten das  
des Anstalt  
richtig geze  
laaren. Der  
nehmer auf  
einmal die  
anderen Ze  
Stellung der  
weisen, wels  
Anzeigeten,  
gerichts hat  
tages auf d  
der Ueberber

Das G  
No  
„So, ich  
He also, ich  
„Du au  
„Um  
ist, die Be  
Ich muß nur  
des Grafen  
„Du gl  
rezipiente  
„Ich de  
„Elene  
Grafen dort  
für möglich?  
„Um  
gehört. Auf  
Er nach  
„Wichtig  
„Mit te  
andere Bern  
getäuscht h  
„Du we  
„Willeid  
„Das f  
wäre dann d  
„Das ist  
sehr auffalle  
tot sein ober  
überseihen  
Sache selbst  
und seine W  
„Beißt  
„Man h  
zur  
„Dempel  
„Wer u  
garnicht ihre  
das Mistrau  
in Respel  
wird die Sad  
lose Mädchen  
gibt es keine  
„Du lä  
mung? „  
„Aun, i

streif.

Nicht an Stein

billigen wollen, während... Beamten des Beamten...

Gersdorf. (Jubiläumssitzung.) Am 31. Januar 1922 vollendeten sich 50 Jahre...

Kabeul. (Die Zusammenlegung der Völkerverträge) ist endgültig abgelehnt worden.

Jwidau. (Grober Unfug.) In der Nacht zum Sonntag ist eine schwere Raube...

Gerichtssaal.

Wiesbaden. (Die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter.) Eine wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung...

Wiesbaden. (Die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter.) Eine wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung...

besondere nebst dies aus Artikel 2 der Verordnung hervor...

Volkswirtschaftlicher Teil.

Die Härtliche Industrie zu dem Vorzug über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung.

Der Gesamtverband des Verbandes Deutscher Industrieller nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu dem Entwurf...

Die Bestimmungen, nach der die Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen...

Derzeit stellt es der Gesamtverband für zweifelhaft, daß die Frage der Einstellung der Beiträge...

Derzeit stellt es der Gesamtverband für zweifelhaft, daß die Frage der Einstellung der Beiträge...

Kunst und Wissenschaft.

Nickel rostloser Stahl.

Einen vortrefflichen Erfolg für Rostschutz und Gold, die bisher allein für die Anfertigung von Schiffen verwendet wurden...

der Abtühlung von 1100 bis 1200 Grad Celsius außerordentlich und zähe und bietet ein vortreffliches Material für Gehilfsplatten.

Vermischtes.

Ein gefährliches Diebstahls- und Einbruchpaar hat die hiesige Kriminalpolizei in dem 26. Jahr...

Ein gefährliches Diebstahls- und Einbruchpaar hat die hiesige Kriminalpolizei in dem 26. Jahr...

75 Jahre Nähmaschine. Wie wir in Reclams Universallexikon lesen, kann die Nähmaschine auf die ersten 75 Jahre ihres Bestehens zurückgeführt werden.

Das Geheimnis von Dubshinka.

Kriminalroman von Erich Ebenlein. Nachdruck verboten.

„So, so, das mit dem geheimnisvollen Gartenhaus weiß sie also auch schon?“

Allan Partinson ist allerdings, wie ich durch Euzio erfahren habe, am Tage unserer Abreise in Kaspel angekommen.

„Trüber vielleicht. Doch ist er ihm offenbar verleidet, denn ich hätte ihm lieber lassen, er wolle mir mehr dort leben.“

† **Ein Gentleman-Eindbrecher in Paris.** Von der Pariser Polizei ist dort ein Gentleman-Eindbrecher verhaftet worden, der heißt Sergius de Leng und ist ein gebildeter junger Mann aus gutem Hause, dessen Familie in Neuilly eine Villa bewohnt. Der junge Mann, der keine Liebhaber mit einem stolzen Stolz eingestrichelt hat, Gegenstände im Werte von mehr als zwei Millionen Franken gestohlen. Er drang meist um die Mittagsstunde in Wohnungen ein, deren Besitzer verreist waren, und trug seine Beute in einem eleganten Handkoffer davon. Da Sergius de Leng ein sehr eleganter und liebenswürdiger Herr ist, der sich mit den Portiers sehr herablassend unterhielt, kam niemand auf den Gedanken, daß er ein Dieb sei, bis er endlich erwischt wurde. Er hat erklärt, daß er eine unbezähmbare Neigung zum Diebstahl habe, den er auch für eine Art Kunst halte. Er hat die entwendeten Gegenstände allerdings an einen Händler verkauft, aber niemals viel Geld dafür erhalten.

† **Eine historische Pfeife.** Die Pfeife des berühmten englischen Seemanns Walter Raleigh spielt nicht nur im Leben dieses kühnen Entdeckungsreisenden, sondern auch in der Geschichte des Rauchens eine wichtige Rolle. Soll er doch zuerst den Tabak nach der alten Welt gebracht haben, und deshalb ist die Pfeife, die er bei seiner Entdeckung auf dem Schaft schmückte, doppelt denkmalhaft. Als er sein Haupt auf den Henkerblock legte, gab er die Pfeife zum Andenken einem Verwandten, dem Bischof Andrews, und sie blieb im Besitz der Familie des Bischofs, bis sie kürzlich von dem Besitzer einer großen Pfeifenfabrik, Alfred Dunhill, erworben wurde. — Dunhill nennt ein Pfeifenmuseum sein eigen, das nach der Sammlung des Britischen Museums das größte dieser Art sein soll. Er hat die historische Pfeife in seinem Laden ausgestellt, wo sie vom Publikum ausdächtig bewundert wird, und will sie dann als größte Kostbarkeit seinen reichen Pfeifenschöngeist einverleiben.

† **Furchtbare Brandkatastrophe in Newyork.** Am Sonnabend brach während der Vorstellung im „Knickerbocker-Theater“ Feuer aus, das mit furchtbarer Geschwindigkeit sich griff und das ganze Theater alsbald in ein Flammenmeer hüllte. Nur ein Teil der Zuschauer konnte sich retten. Bis Sonntag früh 2 1/2 Uhr waren aus der Schmelzstätte sechzig Leichen geborgen. Man schätzt die Zahl der tödlich Verunglückten auf 50 bis 100 während die Zahl der Verwundeten 100 bis 200 beträgt.

† **Der 18. Januar als deutscher Nationalfeiertag in Mexiko.** D. A. J. Die Deutschen Mexikos haben eine Kundgebung erlassen, verschiedener Artzungen folgend, habe der Rat des Verbandes deutscher Reichsangehöriger in Mexiko beschlossen, den 18. Januar als Nationalfeiertag zu begehren. Damit ist, nach der „Deutschen Zeitung für Mexiko“, der erste Schritt getan, um „eine Lücke in unserem Leben als deutsche Bürger in einem fremden Lande, die unserem Ansehen und unserer Stellung wenig zuträglich war, auszufüllen“. Tatsache ist, daß andere Nationen, vor allem Franzosen und Amerikaner, seit ihrer Nationalfeiern einen Glanz zu verleihen wußten, der nie verfehlt hat, auf die für Äußerer Glanz sehr empfänglichen Mexikaner den größten Eindruck zu machen. Die mexikanische Bevölkerung nahm an den Feierlichkeiten des 4. bzw. 14. Juli persönlich immer den größten Anteil. Dasselbe ließ sich selbst in Vorkriegszeiten von dem deutschen „Nationaltag“ (Kaisers Geburtstag) nicht behaupten. Hier beschränkte sich die Teilnahme, des Mexikaner Volkes auf die amtlichen Glückwünsche der Behörden. Das ist wohl in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen, daß Mexiko als Republik keine Veranlassung hatte, den Geburtstag eines europäischen Monarchen festlich zu begehen. Ein eigentlicher Nationaltag fehlte den Deutschen im Ausland auch in den Tagen des deutschen Glanzes. Die Deutschen Mexikos haben nun den 18. Januar zu ihrem Nationalfest erhoben, weil die geschichtliche Wichtigkeit dieses Tages nicht so sehr in der Wiederaufrichtung des Kaiserthrons als in der Einigung der deutschen Stämme besteht, in der Tatsache, daß der Deutsche erst vom 18. Januar 1871 an „Deutscher“ war. Und diese Tatsache hat die Stürme des Weltkrieges und der Revolution überdauert. Die er-

wähnte Zeitung hofft, daß das Beispiel der Reichs-Deutschen auch die anderen Auslandsdeutschen veranlasse, diesen 18. Januar, den Republikaner und Monarchisten gleicherweise feiern können, zum deutschen Nationaltag zu erheben.

† **Die Mörder des Zahnarztes Böttner verhaftet.** Der unter dem Verdacht des an dem Zahnarzt Böttner in Frankfurt a. M. begangenen Raubmordes verhaftete Baltasar Oth hat vor der Nordkommission ein Geständnis abgelegt und mitgeteilt, daß der Mord nicht von zwei Tätern, wie ursprünglich angenommen wurde, sondern von drei verübt worden sei. Der an dem Raubmord ebenfalls beteiligte und von der Kriminalpolizei gesuchte Falkenrad ist in einem Würzburger Hotel verhaftet worden. Als dritter Täter konnte der im Jahre 1899 in Aachen geborene Konditor Hugo Kolberg in Aachen verhaftet werden.

† **Sturm im Atlantik.** Seit letzten Sonnabend wütet auf dem Atlantischen Ozean ein äußerst heftiger Sturm.

† **Kirchenbrand in Dessau.** In der hiesigen Paulskirche entstand im Delikatessen unter der Sakristei ein Brand. Ein Heizrohr war zerplatzt und das herausströmende Wasser hatte die Feuerung unter dem Kessel fort gespült, dabei waren glühende Kohlen mit Holz und leicht brennbaren Stoffen in Berührung gekommen, und unter starker Berührung des Kessels griff das Feuer auf die Kesseldecke über. Dank sofortigen Eingreifens der Feuerwehr wurde jedoch jede Gefahr beseitigt. Die Kirche hat keinen Schaden erlitten.

† **Eine neue Krankheit.** Eine merkwürdige neue Krankheit ist in Angora, der Hauptstadt des kemalistischen Reiches in Kleinasien, ausgebrochen. Die Krankheit beginnt mit einem furchtbaren Schüttelfrost, das Opfer verliert nach etwa zwei Stunden die Besinnung und stirbt nach neun Stunden. Verschiedene Familien wurden durch diese grauliche Seuche, wie aus Konstantinopel berichtet wird, vollständig fortgerafft. Das Gesundheitsministerium der kemalistischen Regierung hat eine wissenschaftliche Untersuchung dieser rätselhaften Erkrankung eingeleitet, aber sie bleibt bisher noch ein vollständiges Geheimnis. Man nennt die Seuche vorläufig das „Schwarze Fieber“ und behandelt sie mit Chinineinspritzungen.

† **Die „Kopulation“ an Streichhölzern.** 106 1/2 Milliarden Zündhölzer sind einer Aufstellung des Statistischen Reichsamts in einem einzigen Jahre in Deutschland verfeuert worden. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen 1750 oder täglich 4-5 Stück. Von den verfeuertem und im ganzen wohl auch verbrauchten Mengen wurden in Deutschland etwas über 93 Milliarden hergestellt, und etwas über 19 Milliarden vom Ausland eingeführt. Die unverfeuerte Ausfuhr betrug nur wenig über 2 Milliarden. Bearbeitet wurde in 62 Zündholzfabriken von 1976 männlichen und 3244 weiblichen Arbeitern Feuertzeuge wurden in 176 Betrieben hergestellt, in 100 davon nur als Nebenbetrieb.

† **Ein Augsburger Museum beraubt.** Ungewöhnlich reiche Beute machten Eindbrecher, die, wie erst gestern entdeckt wurde, dem Maximilian-Museum in Augsburg einen Besuch abgestattet haben. Sie zertrümmerten dort mehrere Vitruin und stahlen daraus für über eine Million Mark Kunstschätze aller Art, sowie Ringe, goldene und silberne Münzen. Die Täter sind wahrscheinlich zwei unbekannte Männer, die am Sonnabend das Museum aufgesucht haben. Die Augsburger Kriminalpolizei konnte feststellen, daß die beiden Verdächtigen in der Richtung nach Berlin abgefahren sind.

† **Raubmord.** Der ehemalige österreichische Korvettenkapitän Paul Mainz wurde in der Nähe von Benedig von unbekanntem Tätern ermordet und beraubt. Mainz wurden u. a. drei Millionen Lire gestohlen, die er in Genua als Versicherungssumme einkassiert hatte. Außer den drei Millionen Lire hatte Mainz noch 10 000 Dollar bei sich, die auch nicht mehr bei der Leiche gefunden wurden, und die zweifellos ebenfalls von den Tätern geraubt worden sind.

# Eisenbahnerstreik.

Wohl, zehntausende während der eingegangenen Petitionen enthält. Von der Papierflut, die in den Reichstag dringt, erhält man eine rechte Vorstellung, wenn man hört, daß seit Juli 1920 dem Beginn der ersten Wahlperiode bis Dezember 1921, also in 1 1/2 Jahren, über 14 000 Petitionen eingelaufen. Das neueste 14. Verzeichnis zählt 1183 Petitionen auf. Besonderen Raum nehmen immer wieder jene Petitionen ein, die an den Ausschuss für Beamtenangelegenheiten geleitet werden. Da bitten einzelne Beamte oder Beamtenverbände um Erhöhung ihrer Besoldung, um Einreihung in eine höhere Besoldungsgruppe oder um Einreihung ihrer Wohngemeinden in eine höhere Ortsklasse. Im 14. Verzeichnis sind daneben besonders zahlreiche die Petitionen, die Steuerfragen betreffen. Es handelt sich da hauptsächlich um Abänderungsanträge zu den Steuerverordnungen, die vom Reichsverband der Deutschen Industrie, von mehreren Handelskammern, vom Städtetag vom Reichsausschuss der Deutschen Landwirtschaft, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Reichsgründbesitzerverband usw. eingebracht worden sind. Solche Petitionen, besonders von Körperschaften, hater denen wichtige wirtschaftliche oder politische Gruppen stehen, werden in den Ausschüssen, denen sie zugewiesen worden sind, natürlich sehr sorgsam behandelt und geprüft. Damit soll nicht gesagt werden, das andere Petitionen von vornherein nachlässig behandelt werden. Neben den sachlich häufig sehr wertvollen Petitionen gelangen an den Reichstag aber auch Hunderte von Eingaben, die unsinnig sind, aber von der Auffassung diktiert, daß der Reichstag eine Art Märchen für alles sei. So bittet z. B. ein Berliner den Reichstag, ihm Gelegenheit zu einem Vortrage über seinen Plan zur Errettung der Menschheit zu geben. Ein Hannoveraner wieder glaubt das Mittel entdeckt zu haben, wie man den Weltfrieden erhalten könne. Zahlreich sind auch die Anliegen privater Natur. Da bittet der eine um Gewährung einer Kriegsausgleichung und die Verleihung des Charakters als Major, der andere um Erlass der Fuhrkosten. Ein dritter ersucht den Reichstag, es durchzusetzen, daß seine Personalkarten ihm vorgelegt werden. Es wird, wie man sieht, trotz der Papierflut viel Papier unnütz vergeudet; denn über die allermeisten Petitionen dieser Art wird einfach zur Tagesordnung übergegangen, und wenn die außerordentliche Erhöhung des Portos die Flut dieser Petitionen etwas eindämmt — was man hofft —, dann wird wenigstens etwas Gutes bei der Portoverteuerung herausgekommen sein.

**Luffige Gde.**

Er: „Deine Freundin hat einen wunderbaren Teint.“  
— Sie: „Ja, ein Tropfen Wasser genügt schon, ihn zu verderben.“

Mann: „Nun, was habt ihr gestern in eurem Verein getrieben?“ — Frau: „Ach, wir wollten Kleists „Zerbrochener Krug“ lesen, und da kamen wir plötzlich auf die Dienstmädchen zu sprechen.“

„Vater, ich weiß nicht, was soll ich werden? Ohrenarzt oder Zahnarzt?“ — „Mork, sei nicht dumm und werde Zahnarzt, Ohren hat jeder nur zwei.“

„Sag mal, Fröh, hast du die ganze Mittags schon verpulvert?“ — „Ja, und leider als Puppulver für meine Frau.“

„Ich habe ein Buch herausgegeben: „Katgeber für schöne Frauen.“ — „Und das kaufen natürlich alle schönen Frauen?“ — „Im Gegenteil, alle häßlichen.“

**Rachennachrichten für Ködlig.**  
Heute Donnerstag, den 2. Februar, Jungfrauenverein.  
Freitag, den 3. Februar Bibelstunde bei Ed. Bogel.

**Restaur. Stadt Hartenstein.**  
Morgen Freitag, Sonnabend u. Sonntag  
**Gr. Bockbier-Rummel**

**Freitag Schlachtfest.**  
von vorm. 7, 11 Uhr Wellfleisch,  
Abends Schweinsknochen mit Rüben und Bratwerk  
mit Sauerkraut.

Ergebenst laden ein **Albert Franke u. Frau.**

**Oswald Hüttner, Hutmacher**  
Zwickau, Marienstraße 21.

**Filz- u. Strohhut-Fabrik**  
empfehl. sich zum Modernisieren von Hüten aller Art.  
En gros. — En detail.

**Filiale Lichtenstein-G., Bismarckstraße 8.**

Orthopädische Heilanstalt  
**San.-Rat Dr. Gaugelo, Zwickau-Sa.**  
für Erkrankungen (insbes. Verkrümm.) u. Verletzungen  
der Knochen u. Gelenke, Rheumatismus, Gicht, Lähmung,  
Röntgeninstitut, Bandagen- u. Schuhmacherwerkstatt.  
Massage — Zandersaal — Mediz. u. elektr. Bäder.

**Kleiderschränke**  
in besonders schönen  
Ausführungen, saubere  
Tischlerarbeit,  
sofort lieferbar.  
**Möbelhaus Lademann**  
Oelsnitz  
Innere Stollb. Str. 5.

**Suche zuverlässigen  
Kutscher**  
aus der Landwirtschaft,  
welcher auch melken kann,  
bei hohem Lohn und guter  
Verpflegung.  
**Robert Heide, Bärenbrand.**  
Zuchtstall- u. Pferdehandlung

**Junges Mädchen**  
als Aufsichtung oder in  
Stellung gesucht.  
Näheres i. d. Gesf. d. Bl.

Alle modernen  
und klassischen  
**Musikalien**  
sowie Schalen u. Albums  
für Klavier u. alle anderen  
**Instrumente**  
beziehen Sie am besten durch  
**Eugen Berthold.**

**Bäderlehrling**  
für Ostern 1922 sucht  
**Bädermstr. Franz Schneider**  
Hohndorf, Meißnerstr. 3.

Zuverlässiger  
**Junge oder Mädchen**  
zum Zeitungstragen für  
die Stadt gesucht.  
In melden in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Die Meggendorfer Blätter**  
sind das schönste farbige  
Witzblatt für die Familie  
Vierteljährlich 13 Nummern Mk. 21.90  
beim Postamt oder vom Verlag.  
Die einzelne Nummer kostet Mk. 1.75.  
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden.  
Am besten unterrichtet über den Inhalt ein  
Probepband, der 5 Nummern enthält und bei  
jeder Buchhandlung nur Mk. 2.— kostet. Gegen  
weitere Mk. 2.25 für Porto auch direkt vom  
Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

**Zolldeklarationen  
Statistische Scheine**  
sind zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Li

Er  
Se  
hell

Dies  
Erud u. B

Er

ist es auf  
geöffnet.  
bleibt es ein  
hauers Ma  
feiners. Zu  
von 1 Mar

Die in  
Knappe, K  
pflichtigen  
daß die Fri  
für das Kale  
für das 4. V  
laufen war  
mehr bis sp  
falls ein Z  
erhoben wer  
Finanzamt

Der R

Der Re  
über die En  
Vorsichtsrat.  
ergänzen, da  
Aufsichtsrat  
gedacht wer  
Abg. V  
daß, bevor  
etriebsratge  
etriebsratsmit  
In der Rati  
genommen, d  
Dr. Brauns

die Ver

Hat der  
der den Berri  
Wir müssen  
Betriebsrat  
stellen. Es  
in anderen  
ist eine schrei  
Geistes über  
können wir  
Abg. M u  
Attingerfeld

wehren sich ge  
stellen, wie g  
dabei, den  
Im Ausdru  
den, daß die  
Wirtschaften ein  
nicht von Bet  
hört! Wir h  
tretung im G  
dort nicht er  
gelehnten Ant  
und Angestell  
willigen Ri  
Wirtschaft  
lehlige Regelu  
bereits vor.  
Regierung ein  
solche bergrech  
sichtsrat oder  
einverstanden  
Gewerkschaften  
des Betriebsrä